

Das
SOZIALE
BERLIN
DIE LINKE.

Charlottenburg-Wilmersdorf:
Sozial. Urban. Solar.
Programm zur Wahl der
Bezirksverordnetenversammlung 2011

Charlottenburg-Wilmersdorf: Sozial. Urban. Solar.

Gemeinsam für ein gutes Leben	3
Bezahlbare Wohnungen	5
Solar, mobil und ökologisch	9
Sozial gerecht zusammenleben	17
Bildung und Kultur für alle	21
Kreativ für gute Arbeit	24
Mehr Demokratie im Bezirk	29

Gemeinsam für ein gutes Leben

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die meisten von uns, ob Urberliner oder Zugezogene, leben gerne in unserem Bezirk. Er hat große Lebensqualität – vielleicht weniger sexy als der hippe Osten, dafür aber grundsolide. Es wohnt sich gut bei uns. Kein anderer Bezirk hat einen vergleichbaren Bestand an geräumigen Wohnungen in einem lebendigen urbanen Umfeld. Wir haben ein vielfältiges Angebot an Schulen und Einrichtungen für unsere Kinder und Enkelkinder. Um unsere Sportanlagen und Sportvereine werden wir beneidet. Fast 67 000 Sportlerinnen und Sportler sind hier aktiv – so viele wie in keinem anderen Bezirk der Stadt. Wir finden kulturelle Unterhaltung von der ernsten bis zur leichten Muse, ob Schaubühne, Deutsche Oper, Schlosstheater oder Wühlmäuse. Das Angebot an Kneipen und Restaurants ist unüberschaubar.

Große Potenziale

Mit der Wiedervereinigung ist unser Bezirk etwas in den Windschatten der rasanten Entwicklung unserer Stadt geraten. Der Tiefpunkt war die Abkopplung des Bahnhof Zoo vom Fernverkehr der Bundesbahn. Doch unser Bezirk verfügt über große Entwicklungspotenziale: Gut 150 000 Erwerbstätige mit überdurchschnittlicher Qualifikation arbeiten in 25 727 Betrieben. Kein anderer Bezirk hat mehr Betriebe – einige große, aber vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Wir sind die Heimat von 60 000 ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, vor allem aus der EU und Osteuropa, die mit ihren Lebenserfahrungen und ihrem Willen, es zu etwas zu bringen, ein Ferment für unsere Entwicklung sein können. Mit der Technischen Universität, der Universität der Künste, dem Fraunhofer Institut und vielen anderen Einrichtungen haben wir ein Zentrum für Wissenschaft und Forschung, das den Vergleich mit anderen Entwicklungsgebieten in unserer Stadt nicht zu scheuen braucht. Wir haben mit 198 Hotels und Pensionen die meisten Beherbergungsbetriebe der Stadt und bilden nach Mitte das wichtigste Ziel für Berlin-Besucher. All diese Schätze müssen tatkräftig gehoben werden!

Unübersehbare Probleme

Unser Bezirk hat große, unübersehbare Probleme. Es fehlen Arbeitsplätze, es fehlt gut bezahlte Arbeit. 17 420 Mitbürger und Mitbürgerinnen sind nach der offiziellen Statistik ohne Arbeit. 38 268 große und kleine Bewohner, das heißt jede achte Familie, müssen von Arbeitslosengeld II leben und mit durchschnittlich 711 Euro im Monat zum Leben und Wohnen auskommen. Unserem Bezirk fehlen vor allem gut bezahlte Industriearbeitsplätze. Diese sind historisch mit der Teilung Deutschlands und der Stadt und nochmals nach

der Wiedervereinigung mit dem Wegfall der Berlinförderung weitgehend verschwunden. In unserem Bezirk dominieren Arbeitsplätze im Dienstleistungsgewerbe, insbesondere die schlecht bezahlten Arbeitsplätze im Handel und Beherbergungsgewerbe. Das muss Schritt für Schritt geändert werden! Das von unserem Wirtschafts-senator angeschobene Projekt Campus-Charlottenburg stellt dazu einen guten Ansatzpunkt dar.

Die höchsten Mieten der Stadt

Unser Bezirk leidet auch unter den höchsten Mieten der Stadt. Weh' dem, der eine Wohnung sucht! Nirgends findet man schwerer eine Wohnung und liegen die Angebotsmieten höher. Und diese Situation wird sich rapide verschlechtern, wenn sich die Mieterinnen und Mieter nicht wehren und die Politik nicht energisch dagegen steuert.

Unser Bezirk leidet wie ganz Berlin und viele deutsche Kommunen unter mutwillig herbeigeführter öffentlicher Armut. Durch die Steuerpolitik der Bundesregierungen von SPD/Grünen und von CDU/FDP wurden die Reichen reicher und die Kommunen ärmer. Deutlich sichtbar wird dies an dem schlechten Zustand der öffentlichen Gebäude und der Straßen in unserem Bezirk. Allein 100 Millionen Euro fehlen zur baulichen Sanierung unserer Schulen.

Deshalb ist die Lebensqualität in unserem Bezirk nicht für alle gleich. Er wird zunehmend geprägt von sozialer Spaltung. Besorgnis bereitet vor allem die Entwicklung in Charlottenburg-Nord, der Paul-Hertz-Siedlung, wo sich die Probleme von Arbeitslosigkeit, Transferabhängigkeit, mangelnder Bildung verdichten. Hier Verbesserungen zu erreichen, darauf müssen wir in den nächsten Jahren ein besonderes Augenmerk richten.

Verbesserung der Lebensqualität

Die Probleme von Arbeitslosigkeit, prekären Beschäftigungsverhältnissen, Mietsteigerungen und öffentlicher Armut sind für uns kein Zufall oder auf mangelnden guten Willen zurückzuführen, sondern auf eine Wirtschaftsordnung, in der die Unternehmensgewinne das Maß aller Dinge sind. Ohne Durchbrechung der Profitdominanz wird es nach unserer Überzeugung keine grundlegenden Verbesserungen geben.

Dennoch will unsere Partei DIE LINKE bereits jetzt und heute eine Verbesserung der Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger des Bezirks. Unsere besondere Sorge gilt dabei den Menschen ohne Arbeit und mit niedrigen Einkommen. Sie sind auf ein gutes Gemeinwesen, auf ausgebaute soziale Infrastrukturen im Bezirk, besonders angewiesen. Wir sind überzeugt, dass eine Politik der Solidarität auch die Lebensqualität derer erhöht, denen es besser geht.

Die Bürger und Bürgerinnen bewegen

In unserem Programm für die Bezirksverordnetenversammlung machen wir konkrete Vorschläge für ein gutes Leben in unserem Bezirk. Manche sind schneller, manche langsamer realisierbar. Nicht wenige brauchen einen stärkeren Einfluss der LINKEN im Bund. Dazu bedarf es auch einer starken LINKEN in Berlin und in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Alle haben wir in den letzten Monaten beim Berliner Wasser, bei Stuttgart 21 und der Anti-Atom-Bewegung, wieder gelernt: Ohne engagierte Bürger gibt es keine wesentlichen Veränderungen. Deshalb suchen wir den Dialog mit Bürgerinitiativen, Kiezvereinen, Runden Tischen und Gewerkschaften. Deshalb kämpft DIE LINKE nicht nur in Parlamenten, sondern mit den sozialen Bewegungen sowie den Bürgerbewegungen – auch auf der Straße.

Bezahlbare Wohnungen

Das Recht auf angemessenen Wohnraum gehört zu einem selbstbestimmten Leben. Es ist ein Grundrecht. Berlin ist eine Mieterstadt und so wird dieses Recht wesentlich durch die Entwicklung der Mieten bestimmt. Doch der Berliner Wohnungsmarkt steht vor den gravierendsten Veränderungen der Nachkriegszeit! Bis vor kurzem noch einigermaßen bezahlbar, beschleunigt sich der Anstieg der Mieten von Monat zu Monat. Schon hat Berlin 2010 alle acht anderen deutschen Großstädte in den Mietpreissteigerungen überholt.

Finanzinvestoren und andere Immobilienspekulanten haben den Berliner Wohnungsmarkt neu entdeckt. Nach dem Finanzcrash bevorzugt man die risikoarme und sichere Rendite aus Wohnungsinvestitionen. Und man spekuliert auf hohe Gewinne aus steigenden Mieten. Die Mieten in Berlin sind im Vergleich zu anderen internationalen Metropolen noch niedrig und lassen hohe Steigerungsraten erwarten. Zugleich nimmt die Zahl der Haushalte, die in Berlin eine Wohnung brauchen, rapide zu. Um ca. 45 000 ist die Bevölkerung von Berlin in den letzten zehn Jahren gewachsen, die Zahl der Haushalte aber um rund 159 500! Auch in den nächsten Jahren wird die Zahl der Haushalte dreimal schneller wachsen als die Bevölkerung.

Berliner Mieten laufen aus dem Ruder

Die gestiegenen Renditeerwartungen spüren die Mieterinnen und Mieter täglich. In den häufiger werdenden Mieterhöhungsschreiben der Vermieter. Vor allem aber bei der Suche nach einer neuen Wohnung. Um dreizehn Prozent sind die durchschnittlichen Angebotsmieten 2010 in Berlin gestiegen! Durchschnittlich 8,37 Euro pro Quadratmeter und Monat werden jetzt gefordert. Zehn Prozent

Steigerung werden für 2011 erwartet (Frühjahrgutachten der Immobilienweisen, Immobilienzeitung 17. Februar 2011). Und ein Ende ist nicht abzusehen.

Hier muss die Politik energisch gegensteuern. Wir wollen nicht Paris, London oder New York werden, wo nur Reiche in den urbanen Vierteln leben können. Bezahlbare Wohnungen gehören zu Berlins Charakter. Sie machen die Lebensqualität unserer Stadt aus! Das darf nicht verloren gehen!

Die wirksamsten Instrumente für die Eindämmung des Mietanstiegs liegen im durch Bundesgesetz geregelten Mietrecht. Um hier Veränderungen gegen die marktradikalen CDU/FDP Wohnungspolitiker zu erreichen, braucht es eine starke Mieterbewegung und Druck über Bundesratsinitiativen.

Wir wollen:

- den Stopp von Mietsteigerungen,
- bezahlbare Wohnungen für Charlottenburg-Wilmersdorf,
- keinen Luxuswohnungsbau, sondern Sozialwohnungen auf öffentlichen Grundstücken durch städtische Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften,
- die Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete von 20 auf 15 Prozent verringern und den von Mieterhöhungen freien Zeitraum von drei auf vier Jahre verlängern,
- Neumieten von Bestandwohnungen auf das Niveau des gültigen Mietspiegels begrenzen,
- Die Vergleichsmieten im Mietspiegel nicht nur nach den Neuvermietungen der letzten vier Jahre, sondern unter Einbeziehung der Bestandsmieten berechnen.

Charlottenburg-Wilmersdorf: Die höchsten Mieten in Berlin

Besonders gravierend zeigen sich die neuen Berliner Mietprobleme in unserem Bezirk. Hier gibt es das beste Wohnungsangebot. Hier werden aber auch die höchsten Mieten der Stadt verlangt. Mietangebote von zehn bis zwölf Euro pro Quadratmeter sind keine Seltenheit mehr. Das mittlere Haushaltseinkommen von rund 1600 Euro netto aber ist gleich geblieben. Deshalb haben die Haushalte in unserem Bezirk die höchste Mietbelastung aller Berliner Haushalte. Durchschnittlich 28 Prozent des verfügbaren Einkommens gehen für die Miete drauf, 32 Prozent bei Einpersonenhaushalten, in machen Kiezen sogar bis zu 50 Prozent.

Der Wohnungsleerstand in unserem Bezirk hat rapide abgenommen und ist bei den Wohnungsunternehmen auf einem historischen Tiefststand gelandet: 1,6 Prozent in Wilmersdorf, 1,9 Prozent in

Charlottenburg. Noch niedriger und keiner findet mehr eine neue Wohnung. Hohe Mietsteigerungen und sinkender Leerstand sind unübersehbare Anzeichen eines angespannten Wohnungsmarktes in unserem Bezirk. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden.

Wir wollen:

- dass kein Wohnraum mehr durch Umwandlung von Wohnungen in Gewerbe verloren geht. Die Zweckentfremdungsverordnung muss wieder in Kraft gesetzt werden,
- dass § 5 des Wirtschaftsstrafrechtes für überhöhte Mieten (Mietwucher) so geändert wird, dass er auch auf angespannte Teilmärkte wie dem unseres Bezirkes angewendet werden kann.

Mangel an kommunalen Wohnungen

Die hohen Mieten in unserem Bezirk kommen nicht von ungefähr. Einen wesentlichen Faktor bildet das fast vollständig fehlende Korrektiv durch preisgünstige Wohnungen der städtischen Wohnungsgesellschaften und durch Sozialwohnungen.

Unser Bezirk weist den geringsten Bestand an Sozialwohnungen auf: nur 11 678 von insgesamt 172 629. Von den insgesamt 124 677 Wohnungen mit Belegungsbindung gibt es keine einzige in Charlottenburg-Wilmersdorf, nur 6,8 Prozent des Wohnungsbestandes sind Sozialmietwohnungen gegenüber 17,5 Prozent in der gesamten Stadt. Bei uns verfügen auch die städtischen Wohnungsgesellschaften über den geringsten Wohnungsbestand: GEWOBAG: ca. 2500, DEGEWO: 1500 Wohnungen. Dieser Zustand muss geändert werden. Es fehlen insbesondere bezahlbare kleinere Wohnungen für Einpersonenhaushalte mit geringem Einkommen. Über 60 Prozent der Haushalte in unserem Bezirk, auch das ein Berliner Rekord, sind Einpersonenhaushalte – mit steigender Tendenz bei den älteren Mitbürgern und Mitbürgerinnen.

Wir wollen:

- den Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau ohne Bereicherung für Grundstücksspekulanten und Baulöwen,
- aus Fehlern lernen! Kein Verkauf von städtischen Wohnungen, sondern Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes in unserem Bezirk sowohl durch Zukauf als auch durch Neubau durch die städtischen Wohnungsgesellschaften,
- einen Neubau von bezahlbaren Wohnungen auch für Einpersonenhaushalte sowie den Neubau altengerechter, barrierefreier Wohnungen und Umbau von Wohnungsbeständen zu barrierearmen Wohnungen,

- eine Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik des Landes. Sie soll sich nicht an dem kurzfristigen Höchstertrag orientieren, sondern an einer nachhaltigen Wirtschafts- und Wohnungspolitik.

- Keine Luxuswohnungen auf städtischem Grund!

- Rückabwicklung des Verkaufes des Areals Gerhart-Hauptmann-Anlage!

Spitzenreiter bei Wohnungsumwandlungen

Von allen Bezirken wurden in unserem Bezirk die meisten Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt: Nach einem Tiefstand von 342 Wohnungen 2005, waren es 2009 bereits wieder 1469 umgewandelte Wohneinheiten. Mit den steigenden Mieten und höheren Immobilienpreisen wird sich das Umwandlungskarussell noch schneller drehen. Bestandteile der Umwandlungsstrategien sind der Ankauf unsanierter Wohnungsbestände, die Verdrängung der Altmietler durch aufwändige Modernisierungsmaßnahmen und daraus folgende starke Mietpreissteigerungen. Dem müssen so viele Steine wie möglich in den Weg gelegt werden.

Wir wollen:

- Verlängerung des erhöhten Kündigungsschutzes von sieben auf zehn Jahre für umgewandelte Eigentumswohnungen, der am 31. August 2011 ausläuft,

- Milieuschutzsatzungen nach dem Baugesetzbuch für Kieze, die für Umwandlungsspekulationen besonders interessant sind,

- Umstrukturierungssatzungen mit Sozialplangebot bei großflächigen Modernisierungsprogrammen nach dem Baugesetzbuch,

- dass kein Wohnraum mehr durch Umwandlung von Wohnungen in Gewerbe verloren geht. Die Zweckentfremdungsverordnung muss wieder in Kraft gesetzt werden.

Weitere soziale Spaltung verhindern

Wenn auch in unserem Bezirk eine historisch gewachsene soziale Spaltung in Nord und Süd deutlich wird (Einkommen, Wohnumfeld, Beschäftigung), ist die »Berliner Mischung«, d. h. Zusammenwohnen von Bürgern und Bürgerinnen unterschiedlicher Einkommen, geografischer und sozialer Herkunft, in großen Teilen unseres Bezirkes noch weitgehend vorhanden.

Das hohe Mietniveau und die stark steigenden Neumieten stellen unsere Mitmenschen mit geringen Einkommen, insbesondere die, die arbeitslos und Arbeitslosengeld-II-Empfänger werden, vor riesige Probleme. Wir konnten nicht durchsetzen, dass sie zumindest im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit in ihren Wohnungen verbleiben

und sich auf die Suche nach neuer Arbeit konzentrieren können. So werden sie durch die Jobcenter bereits in den ersten sechs Monaten gezwungen, ihre durch das bezirkliche Mietniveau nach ALG-II-Kriterien zu teuren Wohnungen aufzugeben, ohne dass sie durch die noch höheren Angebotsmieten eine Wohnung finden, die den Richtwerten entspricht. Die Unterstützung nach dem ALG-II, das Hartz IV regelt, kennt keine Anpassung an hohe und steigende Mieten. Eine Verdrängung aus dem Kiez an den nördlichen Rand unseres Bezirkes oder in andere Problemlagen ist oft die Folge. Das wollen wir nicht!

Wir wollen stattdessen:

- die Trennung der Richtwerte für Miete und Heizkosten in den Wohnrichtlinien für Arbeitslosengeld II und Grundsicherungsempfänger, damit unverschuldet hohe Heizkosten nicht die angemessene Miete schmälern,
- Orientierung der Richtwerte für die Miete an der Vergleichsmiete für alle Wohnlagen, auch der mittleren und guten Wohnlagen, insbesondere realistische Berücksichtigung der Neuvertragsmieten,
- Gewährung von Zuschlägen in unserem Bezirk, die die tatsächlichen Neuvertragsmieten im Bezirk berücksichtigen.

Solar, mobil und ökologisch

Wir leben inmitten großer Veränderungen. Wirtschaft und Gesellschaft wandeln sich tiefgreifend, der einsetzende Klimawandel macht gerade den großen Städten zu schaffen und die Ressourcen werden knapper. Neue Technologien, andere Arbeitsplätze und Arbeitsformen und eine notwendige, nachhaltige Lebensweise werden Arbeit und Leben stark verändern. Neue Ansprüche und Bedürfnisse wachsen und werden immer sichtbarer.

Künftig sind deshalb Arbeiten und Wohnen, Verkehr und Mobilität, Kultur und Natur gemeinsam statt getrennt voneinander zu entwickeln. Ohne einen solaren, ökologischen und sozial gerechten Stadtumbau mit neuen und besseren Infrastrukturen ist das nicht möglich. Die Stadt der Zukunft ist attraktiv und stärker gemeinschaftsorientiert, weist eine hohe Wohnqualität auf, benötigt nur noch sehr wenig Energie, ist energieeffizient im Gebäudebestand und ermöglicht ein flexibles Fortkommen. Verschiedene Verkehrsträger auf elektromobiler Grundlage lassen sich mit einem gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, CarSharing, Taxi-Diensten und (Elektro-)Bikes geschickt miteinander kombinieren. Weniger Hast und Hetze und kürzere Wege zwischen Arbeit und Wohnen bestimmen den Alltag. Gestank, Lärm und giftige Abgase von Autos gehören weitgehend der Vergangenheit an. Straßen werden wieder Lebensräume und sind nicht mehr Rennstrecken für Menschen in Terminnöten.

Der solare Stadtumbau stellt Städte wie Berlin und damit auch unseren Bezirk vor große Aufgaben, die viel Geld kosten und deren Lasten gerecht verteilt werden müssen. Damit ist jetzt zu beginnen. Unser Bezirk hat dafür keine schlechten Voraussetzungen. Als Zentrum von Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft im Westen der Stadt verfügt er über entwickelbare Strukturen und stellt in weiten Teilen eine lebendige Mischung aus Arbeit, Wohnen, Kultur, Einzelhandel, öffentlichen und privaten Dienstleistungen dar. Diese »Berliner Mischung« unseres Bezirks bietet die Zukunft für seine Entwicklung.

Unser Bezirk – Schrittmacher für den solaren Stadtumbau

Unser Bezirk muss selbstbewusst eigene Vorstellungen von der Zukunft entwickeln und sie zur Rahmenbedingung für private Investitionen machen. Kommunalen Gestaltungsanspruch muss mit den Fragen verbunden werden: Wie wollen wir in den nächsten Jahrzehnten in unserem Bezirk leben? In welche Richtung soll sich unser Bezirk entwickeln? Darauf müssen wir gemeinsam Antworten finden.

Wir wollen deshalb, dass das Bezirksamt ein städtebauliches Leitbild für die solare Zukunft unseres Bezirks unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft formuliert. Es ist ein Gesamtkonzept für die solare, ökologische und soziale Bezirksentwicklung der nächsten zwanzig Jahre aufzustellen, das sämtliche Fachplanungen, rechtliche Steuerungs- und Umsetzungsinstrumente und Fördermöglichkeiten in sich vereint und bis zum Ende der Legislaturperiode samt Kostenschätzungen vorliegt. Bereits den solaren Umbau gestaltende Vorgaben für Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie Satzungen stellen wichtige Weichen.

Wichtige Schwerpunkte der Entwicklungsziele und Maßnahmen im Bezirk sind:

- bessere Zusammenführung von Arbeit, Wohnen und Leben mit kurzen Wegen,
- Umbau zu autofreien/autoarmen und verkehrsberuhigten Stadtquartieren mit hoher ökologischer, sozialer und gesunder Lebensqualität in den unterschiedlichen Stadträumen und Kiezen,
- energetische Gebäudesanierung und deren Schwerpunkte sowie neue, energieeffiziente Neubauprojekte,
- dezentraler Einsatz von erneuerbaren Energien, aktiver und passiver Solartechnik, damit ein Maximum an klimaschädlichen Gasen vermieden werden kann.

Gleichzeitig sollen die Planungen aufzeigen, wo Grenzen bezirklicher und städtischer Handlungsmöglichkeiten liegen und ob geltendes Recht ausreicht, ergänzt oder neu geschaffen werden muss, damit der solare Stadtumbau gelingt.

Den solaren und ökologischen Umbau beherzter anpacken

Wichtige Grundlage für den solaren und ökologischen Bezirksumbau bildet ein Konzept, wie Flächen und Verkehrswege genutzt und gestaltet werden sollen. Dafür ist u. a. nicht nur eine Revision des Kleingartenentwicklungsplans von 2004 notwendig, sondern auch darauf zu achten, dass vor dem Hintergrund von Klimawandel und zunehmend heißen und trockenen Sommern Kaltluftschneisen des Bezirks erhalten bleiben.

Wir wollen,

- dass ein zukunftsfähiges Flächennutzungskonzept vom Bezirksamt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern des Bezirks entwickelt wird, das im bezirklichen Stadtentwicklungsplan verbindlich vom Senat verankert wird,
- dass es keine weitere Veräußerung von Kleingartenflächen mehr gibt. Sie sind durch bestandsfeste Bebauungspläne des Bezirks abzusichern.

Im Zuge der geplanten Nachnutzung zu einem Entwicklungs- und Produktionsstandort für Elektromobilität ist das Flughafengelände von Tegel verkehrstechnisch durch öffentliche Verkehrsmittel an die Wohnquartiere von Charlottenburg anzuschließen, und zwar so, dass das Parkgelände Jungfernheide und die Kleingärten rund um die Speerplatte nicht zerstört werden.

Nicht zuletzt unsere Anfragen in der BVV haben gezeigt, dass kurzfristig noch mehr für den solaren Umbau im Bezirk getan werden kann.

Wir wollen,

- dass alle geeigneten bezirkseigenen Gebäude konsequent energetisch saniert und modernisiert werden,
- dass alle geeigneten Dächer bezirkseigener Gebäude für ein gutes Mikroklima im Bezirk mit Solarstromanlagen ausgerüstet oder begrünt werden.

In diesem Zusammenhang ist das Projekt der bezirklichen Solarbörse noch breiter bekannt zu machen, damit Anbieter von Dachflächen und Betreiber von Solarstromanlagen zum gegenseitigen Vorteil und für das Gemeinwohl zusammengeführt werden können.

Umweltschutz hat streckenweise schlechte Karten

Das viele Grün und das Wasser, die netten Lokale, wo man gerne draußen sitzt, und die vielen Bioläden in unserem Bezirk lassen leicht übersehen, dass der Umwelt- und Naturschutz im Bezirk oft nur auf dem Papier steht. Das haben nicht nur unsere Anfragen in der BVV

gezeigt. Gefällte Straßenbäume werden nicht nachgepflanzt, Umweltkontrollen nicht ausreichend durchgeführt und es mangelt an Beratung und Bildung im Umweltschutz.

Wir wollen,

- dass alle gefälltten Park- und Straßenbäume durch standortangepasste Baumarten ersetzt werden und die Anwachspflege durch Personal des Gartenbauamts vorgenommen wird,
- dass (Kopf-)Steinpflasterstraßen nicht mit Asphalt versiegelt werden, weil sonst die Neubildung von Grundwasser weiter verringert wird und den Straßenbäumen das Wasser fehlt,
- dass mehr Umweltkontrollen vor Ort stattfinden, damit sichergestellt werden kann, dass die Umweltschutzvorschriften auch tatsächlich eingehalten werden,
- dass in den Naturschutzgebieten (im Grunewald, Westend und Jungfernheide, Lietzensee) regelmäßig die Einhaltung des Artenschutzes von der Naturschutzbehörde überprüft wird,
- dass die Umweltberatung ausgebaut wird für Bürger (auch zusammen mit Umweltverbänden), Klein- und Mittelbetriebe und das Handwerk,
- dass die Umweltbildung an den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen im Bezirk verstärkt wird, denn das ist unerlässlich für einen breit verankerten Umwelt- und Naturschutz in der Bevölkerung.

Das Bezirksamt – kein Vorbild beim Umweltschutz in den Amtsstuben

Das Bezirksamt gibt trotz vieler schöner Reden über Nachhaltigkeit und Umweltschutz kein gutes Bild ab, wenn es darum geht, selbst umweltbewusst und vorbildlich für die breite Öffentlichkeit zu handeln. Das zeigen nicht nur unsere Anfragen und eigenen Erfahrungen, sondern auch Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern.

Wir wollen,

- dass nur noch Verbrauchsmaterialien und Einrichtungsgegenstände durch das Bezirksamt beschafft werden, die ausdrücklich als »umweltfreundlich« (Maßstab ist der »Blaue Engel«) gekennzeichnet sind,
- dass Kantinen dazu verpflichtet werden, für eine gesunde Ernährung ganz oder teilweise Lebensmittel aus dem regionalen, ökologischen Landbau und aus dem Fairen Handel (Fairtrade) zu verwenden. Fair-Trade-Produkte sind in den Kantinen zum Verkauf anzubieten,
- dass bei Ausschreibungen des Bezirksamtes für Veranstaltungen etc. immer auch die Verwendung von Produkten aus dem Bereich des Fair Trade sicherzustellen ist.

Autoverkehr gestalten statt verwalten

Um die Innenstadt und unseren Bezirk attraktiver zu gestalten, werden wir die Umweltzone hinsichtlich ihrer Anforderungen weiterentwickeln und behutsam ausweiten. Gesundheitsschädliche Luftschadstoffe und entstehender Verkehrslärm werden damit weiter vermindert. Qualitätsverbesserung und Sanierung vorhandener Straßen haben Vorrang vor dem Neubau. Autobahn und Schnellstraßen werden nicht neu gebaut.

Aktuell plagt der viele Autoverkehr entlang den Hauptverkehrswegen die Anwohner mit Lärm, gesundheitsschädlichen Abgasen und Feinstäuben, die an bestimmten Plätzen und Straßenabschnitten immer wieder über den zulässigen Höchstwerten liegen. Mit Initiativen betroffener Einwohner ist gemeinsam Einfluss zu nehmen auf Verkehrsplanung und -lenkung des Senats, damit die Belastungen wirksam reduziert werden können. Die Belastung steigt weiter, wenn in der Innenstadt etwa im Zuge von Baugenehmigungen für Lebensmittelketten, Elektrohändler, Baumärkte, Möbelhäuser oder Hotels die Anlage großer Parkplatzstellflächen für PKWs weiter erlaubt wird oder noch mehr Parkhäuser gebaut werden dürfen. Dann kommen immer mehr Autos in die Innenstadt.

Wir wollen,

- dass die Schadstoffbelastung, insbesondere die von Feinstäuben, an Hauptverkehrswegen in den Wohngebieten stärker überwacht wird. Deren Belastungswerte sind über den Bezirk öffentlich bekannt zu machen,
- dass keine Genehmigungen mehr in der Innenstadt für den Bau weiterer Parkhäuser (auch für Hotels) und für Parkplatzstellflächen im Zuge von Baumaßnahmen großer Einzelhändler – mit Ausnahme für Behinderte – erteilt werden.

Die Mobilität der Zukunft in den großen Städten bedient sich nicht mehr des eigenen, teuren privaten Autos, sondern des CarSharing. Wir unterstützen deshalb den zügigen Ausbau wohnort- und arbeitsplatznaher CarSharing-Stationen im Bezirk.

Radwegenetz ausbauen und besser verknüpfen

Das Radwegenetz ist in den letzten zehn Jahren erheblich ausgebaut worden. Wenn sich das Fahrrad als Verkehrsmittel weiter durchsetzen soll, muss in diese Wege auch in Zukunft investiert werden. So können in weiteren zehn Jahren bis zu 25 Prozent unserer täglichen Wegstrecken per Fahrrad bewältigt werden.

Zur Erhöhung der Sicherheit müssen gefährliche Überschneidungen mit dem anderen Verkehr beseitigt werden. Außerdem sind Radial-

und Tangentialrouten fertig zu stellen und zu verlängern sowie weitere zu entwickeln. In vielen Straßen sind noch Radfahrstreifen anzulegen.

Wir wollen,

- dass vor großen und unübersichtlichen Kreuzungen Park- und Halteverbote für Autos vorgesehen werden, damit Radfahrer besser auf den Radwegen zu sehen sind,
- dass verstärkt Spielstraßen und Radfahrerstraßen in Wohngebieten eingerichtet werden und hier für Autos Schritttempo gilt,
- dass alle Bezirksämter eine Radwegekarte für ihren Stadtbezirk in der Qualität des aktuellen BUND-Fahrradplans veröffentlichen.

Entsprechend dem Bedarf sind mehr Fahrradabstellanlagen (Kreuzberger Bügel) zu errichten, möglichst mit Dach, vor allem an Einkaufszentren und Supermärkten, an allen Landes- und Bezirksbehörden, an S-Bahn- und U-Bahn-Stationen. An ausgewählten Verkehrsknotenpunkten sollen Fahrrad-Stationen eingerichtet werden, die einen Rundum-Service für Radfahrer anbieten, darunter kontrollierte Aufbewahrung, Reparatur, Verleih, Beratung, Waschdienst usw.

Sicher und mobil bei Arbeit, Sport und Spiel

Die Zeiten jährlich dreistelliger Zahlen Unfalltoter und vierstelliger Zahlen Schwerverletzter in Berlin sind zum Glück längst vorbei. Dennoch ist der Blutzoll immer noch erheblich. Vor allem Fußgänger und ältere Menschen und leider auch junge Heranwachsende finden sich zunehmend unter diesen Verkehrsopfern. Tempolimits in verkehrsberuhigten Zonen, die Ausweitung von Spielstraßen und auch die Einrichtung von Tempo-30-Zonen in stark frequentierten Straßen haben bereits Beachtliches für mehr Sicherheit bewirkt. Uns reicht das noch nicht.

Wir wollen,

- dass Tempo 30 für alle Nebenstraßen gilt.

Tempo 30 ist kinderfreundlich, schafft mehr Sicherheit im Verkehr und trägt zu weniger umwelt- und klimaschädlichen sowie gesundheitsgefährdenden Abgasen und weniger Lärm bei. Außerdem spart Tempo 30 langfristig Kosten für den staatlichen Straßenunterhalt.

Darüber hinaus führen Mobilitätserziehung an Kitas und Schulen, die Nachschulung von mobilitätsbehinderten und älteren Menschen regelmäßig zu mehr Sicherheit. Hört man bei der Verkehrsplanung auf engagierte Bürger aus einem Mobilitätsbeirat, so werden häufig besonders verkehrsgerechte Lösungen »vom Nachbarn nebenan« gefunden. Gehwegvorstreckungen, sog. Kaps, Mittelinseln und Zebrastrifen stellen zumeist billige, aber sehr wirkungsvolle Straßenbaumittel dar, die dem Fußgänger Sicherheit bringen.

Endlich zu Fuß zum Bahnhof Westkreuz kommen

Über Jahre hinweg wird bereits über einen Zugang zum S-Bahnhof Westkreuz aus Richtung Dernburgstraße kommend diskutiert. Planungen wurden zwar immer schon einmal vorgenommen, aber nie verwirklicht.

Wir wollen,

- dass der direkte Zugang zum S-Bahnhof Westkreuz bis Ende der Legislaturperiode 2016 endlich geschaffen wird.

Schiffsanlegestellen ohne Lärm und mit weniger Gestank

Der Schiffsbetrieb für Fahrgäste im Tourismusbereich ist in den Jahren nach der Wiedervereinigung Berlins erfreulich gewachsen, aber dadurch haben auf den Wasserstraßen im Sommerhalbjahr Abgasgestank und Lärm zugenommen, werden aus den Schornsteinen der Schiffe in großer Menge gesundheitsgefährdende Schwefeloxide, Stickoxide und rußhaltige Feinstäube in die Umgebung geblasen. Besonders betroffen sind die Anwohner an den Anlegestellen. In unserem Bezirk sind dies vor allem das Bonhoeffer Ufer und das Charlottenburger Ufer.

Diese Belastungen wollen wir insbesondere mit Blick auf die Anwohner an den Anlegestellen wirksam vermindern.

Wir wollen,

- dass die Nutzungsverträge für die Anlegestellen vom Bezirksamt nur noch abgeschlossen werden, wenn die Fahrgastsschiffe bis zur Sommersaison 2013 mit Partikelfiltern ausgerüstet sind.

Ferner soll der Energieverbrauch vor Anker liegender Schiffe auf erneuerbare Elektrizität »von Land« umgestellt werden, damit ein Verbrauch per Diesel-Stromgenerator infällig wird. Mit dieser einfachen Umrüstung auf den Schiffen und an den Schiffsanlegestellen werden direkt Umwelt, Passagiere, Schiffbesatzung und Anwohner vor Gesundheitsgefahren geschützt. Außerdem wollen wir eine Bundesratsinitiative über das Bezirksamt anstoßen, damit Wasserstraßen und Schifffahrt in die Umweltzone einbezogen und mit Auflagen versehen werden können.

Keine Vorfahrt mehr für Profitinteressen von Investoren

Lange Zeit lag unser Bezirk im Windschatten der rasanten Entwicklung in Mitte und den östlichen Szenebezirken. Doch die Zeiten haben sich geändert. Die Investoren haben die City-West wiederentdeckt. Hotelneubauten im Karree Bahnhof Zoo/Joachimsthaler Straße/Kudamm spiegeln die touristische Bedeutung unseres Bezirks wider. Luxuswohnungsbau an der Lentzeallee und der Württembergischen Straße zeigen, mit welcher Art Wohnungsbau Geld zu verdienen ist.

Allzu dominant bestimmen in unserem Bezirk jedoch die hochspekulativen Investoreninteressen, was und wo etwas geschieht.

Besonders deutlich zeigt dies das mit großem Tamtam begrüßte »Great Berlin Wheel«, das Riesenrad am Zoo, das eigentlich in diesem Jahr in Betrieb gehen sollte und desaströs von der Finanzkrise beerdigt wurde. Verschämt schweigen heute die großen Befürworter, denen es 2007 mit der Baugenehmigung gar nicht schnell genug gehen konnte. Ein weiteres Beispiel bildet das Projekt Kudamm-Karree des schillernden irischen Immobilienspekulanten Ballymore, in das angeblich 500 Millionen Euro investiert werden sollen. Mit Zustimmung aller in der BVV vertretenen Parteien, mit Ausnahme der LINKEN, begräbt das neue Einkaufszentrum die historischen Kudamm-Bühnen.

Der Bezirk darf kein willfähriger Dienstleister für gewinngesteuerte Betoninvestments sein, sondern er muss zum engagierten Walter der Bürgerinteressen werden! Nachhaltige Investitionen sind dagegen willkommen und finden unsere Unterstützung!

Wir wollen:

- den Stopp des Umbaus des Kudamm-Karrees zum Einkaufszentrum! Erhalt der historischen Kudamm-Bühnen, Beseitigung ihrer baulichen Verunstaltung aus den 70er und 80er Jahren! Rekonstruktion des historischen Vorplatzes!
- keine städtebaulichen Verträge mit Investoren ohne Bauverpflichtung und Finanzierungsnachweis!
- frühzeitige und über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende Einbeziehung der Bürger in die Erarbeitung städtebaulicher Konzepte im Bezirk!

Überall im Bezirk mit Einzelhandelsgeschäften gut versorgen

Unser Bezirk verfügt insgesamt über eine gute Einzelhandelsversorgung. Einzelne Kieze sind jedoch, verursacht durch die geringe Kaufkraft, von einer merklichen Ausdünnung und Verschlechterung der Versorgung gekennzeichnet. Leer stehende Ladengeschäfte und häufiger Mieterwechsel sind deutliche Kennzeichen des Niedergangs. Dieser Problemzonen muss sich der Bezirk stärker annehmen.

Unübersehbar wird die Einzelhandelslandschaft in der City-West und in der Wilmersdorfer Straße immer stärker von dem konzerngesteuerten Einzelhandel dominiert. Prägend wird die Monokultur von Filialbetrieben, bei denen eine Stadt wie die andere aussieht. Dies ist eine Gefahr für die Attraktivität, für Bewohner wie Touristen.

Wir wollen:

- ein bezirkliches Einzelhandelskonzept, das nicht nur die florierenden Einkaufszentren, sondern auch die Strukturen des Einzelhandels in den Kiezen erfasst und Strategien zum Erhalt des kleinen Einzelhandels entwickelt.

Sozial gerecht zusammenleben

Charlottenburg-Wilmersdorf ist weltoffen, gastfreundlich und tolerant. Dennoch sind soziale Spaltungen im Bezirk unübersehbar. Eine Verbesserung der Lebenssituation für Bürger mit geringem Einkommen ist dringend notwendig. Daher dürfen wir die sozialen Einrichtungen im Bezirk nicht weiter dem sozialen Kahlschlag preisgeben. Wir wollen, dass die im Bezirk lebenden Kinder sich ihren Begabungen und Interessen entsprechend entwickeln können und gefördert werden, Familien ein ihren Bedürfnissen entsprechendes Umfeld vorfinden, ältere Menschen nicht an den Rand gedrängt werden, niemand ausgegrenzt wird und sich alle im öffentlichen Raum frei und ungehindert bewegen können.

Wir wollen deshalb ausreichende Geldmittel für:

- Freiwilligenarbeit,
- psycho-soziale Beratung und Suchthilfe,
- Krisenberatung und Kinderschutz,
- Schuldner- und Insolvenzberatung,
- Unterstützung von Projekten im Rahmen von Partizipation und Integration sowie der Gleichstellung und Akzeptanzarbeit,
- Obdachlosen- und Kältehilfe,
- Kiezkontakte.

Jugendliche nicht im Regen stehen lassen

Jungen Menschen zu helfen, dass sie ihren Weg in ein selbstbestimmtes Leben finden können, das ist die Aufgabe verantwortungsbewusster Sozialpolitik. Der regionale sozialpädagogische Dienst in den fünf Sozialräumen unseres Bezirks muss wesentlich stärker verankert und mit anderen Trägern der sozialen Jugend- und Familienfürsorge vernetzt werden. Die aufsuchende Familienbetreuung ist in enger Anbindung an den regionalen sozialen Dienst weiter auszubauen. Die Arbeit der Stadtteilmütter kann wesentlich dazu beitragen, dass Probleme in der Entwicklung eines Kindes oder Jugendlichen frühzeitig erkannt und korrigiert werden können. Durch die Betreuung von Migrantenfamilien durch Stadtteilmütter werden auch Partizipation und Integration in unserem Bezirk vorangebracht.

Wir wollen den Jugendclubs im Bezirk helfen, ihr Angebot zu verbreitern und ihre Öffnungszeiten zu erweitern. Hier sollen Jugendliche sich wohlfühlen, hier sollen sie Sicherheit, Motivation und positive Anregungen erfahren. Wichtig ist, dass die Clubs am Nachmittag, in den Abendstunden und an den Wochenenden geöffnet sind.

Dies gilt auch für die pädagogisch betreuten Abenteuerspielplätze.

Die Jugendkunstschule, die Musikschule, die Volkshochschule und nicht zuletzt die Gartenarbeitsschule müssen ihr Angebot so attraktiv gestalten können, dass sie viele Jugendliche anziehen. Es bleibt unser Ziel, diese wertvollen Einrichtungen zu erhalten und auszubauen.

Eine weitere wichtige Einrichtung stellt das bezirkliche Haus der Familie dar, das in Erziehungs- und Lebensfragen berät und sich der Familienbildung und Freizeitgestaltung annimmt. Es muss noch stärker im Bezirk vernetzt und bekannt gemacht werden.

Kinder und Jugendliche, deren Eltern nicht genug Geld haben, müssen auch einmal Urlaub an der frischen Luft und in der Sonne machen können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das pädagogisch gut betreute Feriencamp Kirchvers im Hessischen Bergland weiter erhalten bleibt. Mehr noch, wir wollen, dass künftig mehr Kinder und Jugendliche als bisher dorthin fahren können und dafür der Bezirk das notwendige Geld bereitstellt.

Wichtig sind auch Fortbestand und Ausbau des interkulturellen Mädchentreffs sowie das mädchenorientierte Freizeitgelände, organisiert von LiSA e. V., und der D3-Mädchentreff. Das gilt auch für den Girls' und Boys' Day.

Für ein soziales Netz ohne Löcher

Unser Bezirk ist attraktiv für viele junge Familien aus aller Welt. Trotzdem dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass es bei uns Armut gibt und nicht wenige Menschen ausgegrenzt sind. Besonders der Charlottenburger Norden mit dem Mierendorff-Kiez und der Paul-Hertz-Siedlung bedarf unseres Augenmerks.

Wir werden mit Wohnungsbaugesellschaften, Kirchengemeinden, Schulen, den örtlichen Sozialeinrichtungen nach gemeinsamen Wegen im Kiez suchen. Mit deren Hilfe ist ein Quartiermanagement einzurichten – als ein erster Schritt für umfassende Maßnahmen, mit denen die Situation entscheidend verbessert werden kann.

Im gesamten Bezirk wollen wir die Mobilität unserer behinderten Mitbürger stärken. An immer mehr Straßenkreuzungen sind die Bordsteinkanten abzusenken. Die Schneeräumung im Winter hat künftig den Bedürfnissen behinderter Menschen Rechnung zu tragen. Die Mobilitätshilfsdienste müssen finanziell und personell so ausgestattet werden, dass sie dem großen Bedarf an Hilfestellung gerecht werden können. Wir werden uns weiter für einen barrierefreien Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf stark machen.

Die vom Bundesverfassungsgericht erzwungene Neuorganisation der Jobcenter schränkt den Einfluss durch den Bezirk ein. Obwohl wir die Hartz-IV-Gesetze abgeschafft wissen wollen, werden wir alles daran

setzen, dass Los der Betroffenen in unserem Bezirk zu verbessern. Wir halten deshalb den Ausbau des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) für notwendig. Die mit Eingliederungsmaßnahmen betrauten Träger müssen stärker auf ihre qualitative Leistungsfähigkeit überprüft werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass das Jobcenter Millionen an Eingliederungsmaßnahmen ausgibt, ohne dass sich die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger im Bezirk wesentlich verändert – so wie es in den letzten Jahren der Fall war.

Auf Landesebene werden wir darauf dringen, dass die Kosten für Mieten und Heizung den tatsächlichen Gegebenheiten in Charlottenburg-Wilmersdorf angepasst werden. Es dürfen keine Zwangsumzüge in andere Bezirke stattfinden, deren Mietpreise niedriger liegen. Gerade für Kinder in Bedarfsgemeinschaften zieht das schlimme Folgen nach sich. Sie werden durch solche Zwangsmaßnahmen enturzelt und stigmatisiert. Kein Kind darf für Verhältnisse bestraft werden, für die es nichts kann.

Solidarisch miteinander

In Charlottenburg-Wilmersdorf leben Menschen aus über 120 verschiedenen Ländern. Akzeptanz, Respekt, Achtung der Menschenwürde und die freie Entfaltung aller sind für uns Grundprinzipien des Umgangs miteinander.

Wir unterstützen jede aktive Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben und in der Politik unseres Bezirks. So können sie ihre Rechte wahrnehmen und verteidigen.

Wir wollen, dass sich das bezirkliche Auswahlverfahren bei der Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch für die Auswahl von Auszubildenden mit Migrationshintergrund nicht nur auf fachliche Qualifikationen beschränkt. Notwendig ist vielmehr, wie es bereits die Polizei in Berlin vormacht, dass bei der Einstellung auch spezifische sprachliche und kulturelle Qualifikationen berücksichtigt werden, über die die Migrantinnen und Migranten verfügen.

Wir wollen einen offenen, toleranten Bezirk, ein buntes Charlottenburg-Wilmersdorf. Mit dem berühmten Sexualwissenschaftler Dr. Magnus Hirschfeld, der von 1896–1910 in Charlottenburg als Arzt wirkte, verbindet sich bis heute der Ruf nach Toleranz und Akzeptanz gegenüber Minderheiten in unserer Gesellschaft. Dennoch stellen Ausgrenzung, Beleidigungen oder sogar Gewalt immer noch Realität für Menschen mit sexuellen oder geschlechtlichen Identitäten dar, die von den gängigen Erwartungen abweichen. Hier gilt es, besonders in Bildungs- und Jugendeinrichtungen, aber auch in Vereinen und bei freien Trägern vorzubeugen, indem Minderheiten, egal welcher Art, gleichermaßen dargestellt und einbezogen werden.

Die interkulturelle Öffnung auf kommunaler Ebene bietet die Möglichkeit, die Fülle an individuellen Kompetenzen, Präferenzen und Eigenheiten zu nutzen. Sie bilden Quellen neuen Reichtums an Know-how und Innovation. Die Teilnahme bezirklicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an entsprechenden Weiterbildungsmaßnahmen wäre wichtig, um vorhandene Qualifikationen zu ergänzen.

Wir stellen uns allen menschenverachtenden und religiös intoleranten Erscheinungen entschieden entgegen. Mit uns gibt es weder eine Tolerierung noch Koalitionen oder gemeinsame Projekte mit Rechtsextremisten, Neofaschisten oder Rechtspopulisten. Wir lehnen die Nutzung öffentlicher Gebäude durch solche Organisationen ab.

Wir setzen uns dafür ein, dass Straßen und Plätze in unserem Bezirk, die an Menschen des Widerstands oder an Opfer des Nationalsozialismus erinnern, erhalten bleiben und weitere nach ihnen benannt werden. Wir werden auch weiterhin entsprechende Gedenktafeln und »Stolpersteine« finanziell unterstützen.

Gesund durchs Leben

Der öffentliche Gesundheitsdienst wird in seiner Bedeutung unterschätzt. Er erfüllt unverzichtbare gesellschaftliche Aufgaben. Dazu gehört der Jugendgesundheitsdienst mit seiner vorbeugenden Gesundheitsförderung und Gesundheitshilfe für Kinder und Jugendliche sowie das Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung. Wichtig sind die Beratung von Mädchen und Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen und die Beratung junger Familien bei der Familienplanung sowie die ärztlichen Untersuchungen von Kindern und Jugendlichen in KITAS und Schulen. Unverzichtbar sind Maßnahmen zum Kinderschutz und die Bearbeitung von Fällen, in denen Eltern Vorsorgeuntersuchungen für ihre Kinder nicht einhalten. Deshalb ist es für uns nicht hinnehmbar, dass die vorhandenen Personalstellen im bezirklichen Gesundheitsdienst unbesetzt bleiben.

Die Rahmenbedingungen für ein würdevolles Altwerden im Bezirk sind zu festigen und auszubauen. Dazu gehört die Weiterführung des runden Tisches »Alt werden in Charlottenburg-Wilmersdorf«, an dem die verschiedenen Akteure wie soziale Träger, Wohnungsbau-gesellschaften, Bauträger, Wohngemeinschaften teilnehmen. Dabei müssen die Auswirkungen des demografischen Wandels auf unseren Bezirk umfassend in den Blick genommen werden.

Wir wollen:

- Bereitstellung von Wohnraum, der die baulichen Voraussetzungen für ein möglichst langes Verbleiben in der eigenen Wohnung sichert,
- Verstärkung und Weiterentwicklung der Initiative »Demenzfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf«,

- Unterstützung von Projekten zur menschenwürdigen sowie interkulturell kompetenten Betreuung und Pflege,
- Förderung von generationsübergreifenden Wohnprojekten bzw. im Alter, auch unter Berücksichtigung verschiedener Lebensweisen.

Bildung und Kultur für alle

Wir leben in einem Bezirk mit vielfältigen Angeboten für eine gute Bildung von der Kita über Schule und Universität bis zur Erwachsenenbildung. Gerade die Anmeldungen zu unseren Schulen zeigen, dass das von vielen Eltern, die nicht in unserem Bezirk wohnen, erkannt wird. Der Kreis guter Schulen im Bezirk wurde mit der Gründung der ersten Gemeinschaftsschule deutlich ausgebaut. Das war von Anfang an eine Kernforderung der LINKEN. Die Gemeinschaftsschule befindet sich nach Anlaufschwierigkeiten in der weiteren Auf- und Ausbauphase. Wie die Anmeldungen zum Schuljahr 2010/2011 zeigen, wollen ebenso viele Schüler mit einer Gymnasialempfehlung wie mit einer Realschulempfehlung in diese Schule wechseln. Damit ist ein Anfang gemacht. Wir wollen, dass in der nächsten Legislaturperiode weitere Schulen für diesen Weg gewonnen werden.

Bildungsangebot im Bezirk verbessern

Im Bezirk bestehen noch ernste Lücken und Mängel im Bildungsangebot. Dies trifft insbesondere Schülerinnen und Schüler, die nicht aus betuchten Elternhäusern stammen. Die öffentlichen Kindertagesstätten sind weiter auszubauen. Mehr Erzieherinnen und Erzieher sind notwendig, damit kleinere Gruppen und eine intensivere Betreuung und Förderung eines jeden Kindes sichergestellt werden können. Betreuungsangebote sind so zu gestalten, dass auch Eltern mit ungewöhnlichen Arbeitszeiten eine Betreuung für ihre Kinder finden.

Gegenüber dem Land werden wir uns für eine weitere Verbesserung des Bildungsangebots in unserem Bezirk einsetzen. Wir wollen einen echten Ganztagsbetrieb als Regelfall für alle Schulen im Bezirk. Wichtig ist ein kostenloses Mittagessen in allen Schulen und Kitas. Zugleich sind unsere Schulen so mit Lehrpersonal auszustatten, dass weder Unterricht ausfällt noch ständige Unterrichtsvertretungen benötigt werden. Hinzu treten muss eine bedarfsgerechte Ausstattung mit festangestellten Hausmeistern, dauerhaft besetzten Schulsekretariaten sowie Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen und Erziehern und Erzieherinnen. Dies sind Voraussetzungen für einen guten und gelingenden Tagesablauf an unseren Schulen, wo sich gemeinsames Lernen, das Anfertigen der Hausaufgaben und das Entspannen durch Spiel und Sport sinnvoll verbinden.

Die bezirklichen Sekundarschulen sollen sich mit den Grundschulen über Kooperationsverträge derart verbinden, dass den Schülern

und Schülerinnen ein gleitender Übergang in die Sekundarstufe 1 ermöglicht wird. Auch den Wechsel in die Sekundarstufe 2 mit dem Ziel des Abiturs oder einer berufsbezogenen Ausbildung wollen wir so gestaltet wissen.

Seitens des Landes gehört endlich die Bedarfsprüfung abgeschafft, damit alle Kinder Zugang zu einer kindergerechten, sozialen und sprachlichen Förderung erhalten. Dafür sind die Erzieher und Erzieherinnen so auszubilden, dass sie sich auf der Höhe heutiger Anforderungen bewegen.

Wir wollen:

- öffentliche Kitas erhalten und ausbauen mit kleineren Gruppen, mehr Personal und flexibleren Betreuungszeiten!
- echten Ganztagsbetrieb für alle Schulen im Bezirk!
- Unterrichtsausfall stoppen durch mehr Lehrpersonal!
- gleitende Übergänge in Sekundarstufe 1 und 2 sicherstellen!
- die Bezirksstellen für das Schüler-BAFÖG und Meister-BAFÖG personell so ausstatten, dass die Anträge zeitnah bearbeitet werden!

Kaputte Schulen endlich sanieren

Bei unseren Schulbauten gibt es noch vieles zu tun. Sowohl bei der Renovierung als auch Sanierung, denn der bauliche Zustand vieler unserer Schulen im Bezirk ist schlecht. Die Umbauten müssen zumindest den Anforderungen der Schulreform genügen und sollen die Barrierefreiheit an möglichst allen Schulen sicherstellen. In guten Schulbauten fühlen sich Schüler und Lehrer wohl, dort lernen und arbeiten sie gern. Die dazu notwendigen ca. 90 Millionen Euro müssen endlich vom Senat bereitgestellt werden.

Bildungsangebote erhalten

Die bezirkliche Gartenarbeitsschule muss erhalten bleiben. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Umweltbewusstsein unserer Jugend. Ihre vielfältigen Angebote sollen von allen Schulen und Kitas im Bezirk genutzt werden. Auch die Angebotsvielfalt der Musikschule muss erhalten bleiben. Sparvorgaben untergraben diese. Die Musikschule nimmt nicht nur entscheidende Aufgaben für die musikalische Grundbildung wahr, sondern dient auch zur Nachwuchsförderung, indem sie auf die musikalische Berufsausbildung und das Musikstudium vorbereitet. Wir setzen uns deswegen für eine ausreichende Ausstattung mit Lehrkräften ein. Die neu gegründete Kunstschule ist finanziell so auszustatten, dass ein bedarfsgerechter Aufbau des Lernangebotes für Kinder und Jugendliche möglich ist. Alle drei Schulen sind vor allem für Kinder zu öffnen, deren Eltern sich diese Angebote und Ausbildungsgänge nicht leisten können.

Kultur für alle

Ob Krise oder Hochkonjunktur, Kultur ist immer wichtig. Sie ermöglicht die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern am gesellschaftlichen Leben und fördert die Lebensqualität unseres Bezirks.

Berlin ist eine »Mehrkommunengroßstadt«. Ihren besonderen Reiz bezieht sie aus dem Neben- und Miteinander sehr unterschiedlicher kultureller Milieus und aus der Vielgestaltigkeit ihrer kulturellen Infrastruktur, die von den »Leuchttürmen« wie der Staatsoper über die freie Kunstszene bis zu soziokulturellen Angeboten in den einzelnen Kiezen reicht. Solche Vielfalt und Grenzüberschreitungen sind auch Basis für Lebendigkeit und die Fähigkeit zur Erneuerung. Kürzungen in der kommunalen Kulturarbeit, Schließungen von Kieztreffs, Veranstaltungsorten oder Bibliotheken beschädigen die Kultur dieser Stadt als Ganzes. So werden wir uns immer dagegen wehren, wenn für den schönen und weitläufigen Park von Schloss Charlottenburg Eintrittsgebühren erhoben werden sollten.

Charlottenburg benötigt dringend eine breite Debatte über die Aufgaben und Perspektiven kommunaler Kultur, an der alle Interessierten teilnehmen sollen. Kultur darf keine alleinige Angelegenheit des Bezirksamtes darstellen. Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit und damit zugleich Bestandteil der Bildungspolitik. Kultur ist für uns keine Ware und darf deshalb auch nicht zur Mangelware werden.

Wir wollen das Rahmenkonzept für kulturelle Bildung weiterentwickeln. Bildungs- und Kulturverwaltung sollen zusammengelegt werden, um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu kultureller Bildung zu öffnen. Dieser Ansatz ist auch auf Seniorinnen und Senioren zu erweitern.

Die kulturellen Einrichtungen des Stadtbezirks sind mit den notwendigen Sach- und Personalkosten auszustatten. Die Stadtbibliothek braucht einen bedarfsgerechten Etat für Ankauf und Sachmittel sowie ausreichende Personalmittel. Das gilt ebenso für das Museum Charlottenburg mit der Städtischen Kunstsammlung und seinem Archiv, damit es überhaupt als bezirkliches Museum arbeiten kann. Ein-Euro-Jobs dürfen hier keinen Ersatz für qualifizierte Personalausstattung bilden.

Wir wollen:

- die Entwicklung eines kulturellen Leitbildes für den Bezirk,
- einen breit diskutierten Kulturentwicklungsplan für den Bezirk,
- keine weitere Reduzierung des kulturellen Angebotes im Stadtbezirk,
- keine Schließung von Teilen der Stadtbibliothek,
- keinen weiteren Personalabbau im kulturellen Bereich.

Interkulturelle Öffnung vorantreiben

Unsere Stadt und unser Bezirk sind attraktiv und üben international Anziehungskraft aus. Ausdruck dessen ist die bunte Vielfalt an Kulturen und Völkern. Die kulturellen Einrichtungen müssen ihre Angebote stärker an dieser vielfältigen Stadtgesellschaft orientieren. Dabei kann an interkulturelle Projektarbeit und erfolgreiche Programme angeknüpft werden, die Migration zum Thema und Menschen mit Migrationshintergrund als Akteure haben.

Wir unterstützen den Vorschlag des Rates für die Künste, auf Landesebene einen »Fonds für kulturelle Vielfalt« einzurichten. Aus diesem sind auch ausreichend Mittel für die interkulturelle Öffnung im Bezirk bereitzustellen.

Beteiligung der Künstler und Künstlerinnen

Die Verwertung von Kunst und Kultur und ihre Präsentation finden bisher weitgehend ohne die Beteiligung von Künstlern statt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bei der kulturpolitischen Entwicklung unseres Bezirks und wichtigen Vorhaben Künstler und Künstlerinnen über ihre Vertretungsorgane und durch Wettbewerbe eingebunden werden, z. B. bei Entscheidungen zur Widmung von Kulturstätten, bei der Gestaltung städtebaulich relevanter Gebäude.

Kreativ für gute Arbeit

Die Zahl der Arbeitslosen ist in unserem Bezirk zwar zurückgegangen, aber mit 18 699 (13,1 Prozent) arbeitslosen Menschen Anfang 2011 immer noch viel zu hoch. Sie suchen Arbeit und finden keine. 23 704 sogenannte Bedarfsgemeinschaften mit 38 565 großen und kleinen Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Bezirkes müssen deshalb von einem durchschnittlichen ALG II von 711 Euro im Monat (!) leben und wohnen. Das können und wollen wir nicht akzeptieren!

Unser Bezirk hat keine schlechte wirtschaftliche Basis. Mit einer Anzahl von 25 047 verfügt er über so viele Unternehmen wie kein anderer Berliner Bezirk. Neben wenigen großen handelt es sich vor allem um kleine und mittlere Unternehmen. Die Struktur ist aber nicht unproblematisch. Viele »Selbstständige« sind es wider Willen und sie leben selbst in prekären Verhältnissen. Es dominieren Handel, Gastgewerbe und Dienstleistungen und ihre unterdurchschnittlich bezahlten Arbeitsplätze. Deshalb verdienen die gut 114 000 abhängig Beschäftigten mit einer hervorragenden Qualifikationsstruktur erheblich weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen deutschen Großstädten – 29 Prozent weniger als in Frankfurt am Main, 25 Prozent weniger als in München und 17 bzw. 16 Prozent weniger als in Hamburg und in Köln. Deshalb

benötigen wir auch zur Verbesserung der Einkommenssituation in unserem Bezirk die Einführung eines branchenübergreifenden gesetzlichen Mindeststundenlohnes von zehn Euro. In unserem Bezirk fehlen fast vollständig Industriearbeitsplätze. Es fehlen vor allem gut bezahlte und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Politik kann nur im öffentlichen Sektor selbst unmittelbar Beschäftigung schaffen. Deshalb darf es für DIE LINKE auch keinen Abbau von öffentlicher Beschäftigung in Berlin geben und deshalb kämpfen wir für die Aufrechterhaltung eines öffentlichen Beschäftigungssektors zu fairen Konditionen. Politik kann als großer Auftraggeber die Einhaltung bestimmter sozialer Standards zur Voraussetzung für öffentliche Aufträge machen. Das gegenwärtig rechtlich Mögliche hat DIE LINKE in der Landesregierung auf den Weg gebracht. Für die Privatwirtschaft kann Politik die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze verbessern, insbesondere durch planvolle und nachhaltige Förderung neuer und zukunftsträchtiger Entwicklungsfelder. Hier hat der Wirtschaftssenator der LINKEN gute Arbeit geleistet. Doch bleibt Politik immer noch mit der harten Tatsache konfrontiert, dass die Schaffung und die Vernichtung von Arbeitsplätzen von den Gewinnerwartungen der Unternehmer bestimmt werden. Als einzige Partei tritt DIE LINKE für eine Beseitigung der undemokratischen Macht der großen Banken und Konzerne und für bindende soziale Standards hinsichtlich der Unternehmenstätigkeit ein.

Campus Charlottenburg – Wissenschaft und Technik zukunftsfähig gestalten

Unser Bezirk hat große Potenziale zur Entwicklung gut bezahlter und interessanter Arbeitsplätze. Mit der Technischen Universität, der Universität der Künste und vielen anderen öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen haben wir ein Wissenschaftszentrum der Stadt, das den Vergleich mit anderen Entwicklungsgebieten der Stadt, ja in Deutschland und Europa, nicht zu scheuen braucht.

Einer der wichtigsten Entwicklungsansätze in unserem Bezirk ist die von Wirtschaftssenat und Bezirk angeschobene NAVI (Nachhaltige Vitalisierung) CAMPUS-Charlottenburg. 34 000 Studierende, 9000 Mitarbeiter in Forschung, Lehre und Verwaltung finden sich an der Technischen Universität und der Universität der Künste. Aus der Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten und Technologieunternehmen soll sich an »einem der vielfältigsten Wissenschafts-, Kunst- und Gestaltungsstandorte Deutschlands« ein Entwicklungskluster herausbilden, der zu neuen Produkten, Unternehmensgründungen und Arbeitsplätzen führt. Mit einem Etat von 21,5 Millionen Euro wurde das Charlottenburger Innovationscenter CHIC im Oktober 2010 vom Senat auf den Weg gebracht. Wir unterstützen dieses Projekt aktiv, aber auch kritisch. Der Name NAVI, Nachhaltige Vitalisierung, sollte ernst genommen und das Projekt Campus-

Charlottenburg zu einer neuen Förderstrategie genutzt werden. Die Entwicklung neuer Technologien muss verbunden werden mit einem neuen Typ des Wirtschaftswachstums und seinen sozialen Voraussetzungen. Dazu ist es notwendig, die Steuerung der Wirtschaftsförderung für Akteure zu öffnen, die das Projekt in dieser Richtung befördern können. Wir wollen deshalb, dass der NAVI Campus-Charlottenburg so gefördert wird, dass die Entwicklung neuer Technologien mit einem neuen sozial-ökologischen Wachstumstyp verknüpft wird. Zugleich sind dabei wichtige gesellschaftliche Akteure, insbesondere die Studierendenschaft und die Gewerkschaften, einzubeziehen.

Bezirkliches Bündnis für Arbeit weiterentwickeln

Das bezirkliche Bündnis für Arbeit stellt einen weiteren Entwicklungsansatz dar. Hier sollte in einer Art Zwischenbilanz bewertet werden, welcher nachhaltige Erfolg mit den Fördermitteln von Bezirk, Land, Bund und EU erreicht werden konnte. Im Ergebnis sollte herausgearbeitet werden, welche Initiativen wirkungsvoll waren und welche noch erarbeitet werden müssen, um eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung in unserem Bezirk anzustoßen.

Eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung lässt sich nur erreichen, wenn bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen deren soziale und ökologische Wirkungen beachtet werden. Die ökonomische Entwicklung kann nicht nach verkürzten Effizienzkriterien bewertet werden. Wir wollen deshalb nur solche Maßnahmen fördern, in deren Folge dauerhaft auskömmliche und sinnvolle Beschäftigung entsteht. Die durch den Senat für Wirtschaft in Berlin gesetzten Sozialstandards bei Wirtschaftsförderungsmaßnahmen (Mindestlohn) stellen hierfür einen ersten Schritt dar.

Zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung steht im engen Zusammenhang mit Bildung und Berufsbildung. Gut und für die künftigen Aufgaben der Gesellschaft ausgebildete Menschen bilden dafür die Grundlage. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung der Berufsbildung im Bezirk zu überprüfen. Fehlentwicklungen dürfen nicht zementiert werden.

Kleine und mittlere Unternehmen unseres Bezirks stärken

Vor allem sollte sich die Wirtschaftsförderung in unserem Bezirk stärker auf die kleinen und mittleren Unternehmen konzentrieren. Wo liegen die wesentlichen Ansiedlungsprobleme für kleine Unternehmen und Existenzgründer? Wo zeigen sich die entwicklungsfähigsten Ansatzpunkte? Unser Bezirk verfügt zwar über ein hohes Potenzial an Gewerbeflächen, doch das Mietniveau liegt für kleine Unternehmen und Existenzgründer oft zu hoch. Wir wollen deshalb die Ansiedlung von kleinen Unternehmen und Existenzgründern

und Existenzgründerinnen durch einen zeitlich begrenzten und mit sozialen Standards verknüpften Mietzuschuss unterstützen.

Oft werden in den Betrieben junge Menschen noch in veralteten Berufsbildern ausgebildet, in denen sie später keine Beschäftigung finden können. Jungen Unternehmen in zukunftsträchtigen Arbeitsfeldern in unserem Bezirk fehlt dagegen oft die Leistungskraft zur Ausbildung. Wir wollen deshalb die Ausbildung in jungen Unternehmen mit zukunftsfähigen Arbeitsfeldern durch das bezirkliche Bündnis für Arbeit fördern.

Kleine Unternehmen und Existenzgründungen von migrantischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern tun sich besonders schwer, dauerhaft Fuß zu fassen. Wir wollen deshalb ein Netzwerk für migrantische Unternehmerinnen und Unternehmer durch das bezirkliche Bündnis für Arbeit aufbauen.

Wir wollen:

- das Bündnis für Arbeit in zukunftsträchtigen Arbeitsfeldern voranbringen!
- einen Mietzuschuss für kleine Unternehmen und Existenzgründer!
- die Kulturwirtschaft im Bezirk stärken, ein Netzwerk für Arbeitsplätze und Projekte schaffen!

Konzept für den Tourismus in unserem Bezirk entwickeln

Nach Mitte bildet unser Bezirk mit 1,8 Millionen Gästen und 4,3 Millionen Übernachtungen das zweite Tourismuszentrum der Stadt. Es läuft gut. Doch der Tourismus verläuft bei uns sehr stark einkaufsorientiert. Der Bezirk sollte ein eigenes Tourismuskonzept unter Einbeziehung der bezirklichen Akteure entwickeln, um beispielsweise den Kulturtourismus zu verstärken. Die herausragenden Kultureinrichtungen im Bezirk bieten hierfür einen hervorragenden Anknüpfungspunkt. Das gilt auch für die zahlreichen Galerien und die hier arbeitenden Künstler und Künstlerinnen. Von den Leistungen, die diese Akteure innerhalb eines Tourismuskonzeptes einbringen, profitiert der gesamte Bezirk.

Zudem könnten Touristen mit anderen wichtigen Seiten der Geschichte unseres Bezirkes bekanntgemacht werden, die mit der Weimarer Zeit, der Machtergreifung der Nationalsozialisten und dem Widerstand verbunden sind. Wir brauchen deshalb ein eigenständiges Tourismuskonzept, das unter Einbeziehung der bezirklichen Akteure entwickelt wird.

Wir haben mit 198 Hotels und Pensionen die meisten Beherbergungsbetriebe der Stadt. Viele sind kleine Hotels garni oder Pensionen. Diese stehen unter einem enormen Konkurrenzdruck von internationalen Buchungssystemen und Hotelketten, die sich in den letzten Jahren vor allem im Bereich der Budgethotels herausgebildet haben,

und kämpfen um eine ausreichende Auslastung. Die Kehrseite dieses Konkurrenzdruckes liegt in illegalen und halblegalen Beschäftigungsverhältnissen, Schwarzarbeit, Nutzung von staatlichen Transfers für dauerhafte Unterbezahlung, unbezahlten Überstunden etc.

Wir schlagen deshalb vor, die Förderung der kleinen Hotels und Pensionen in unserem Bezirk mit der Einhaltung sozialer Standards zu verbinden. »Fair Stay« könnte vom bezirklichen Bündnis für Arbeit angestoßen und zu einer eigenen Marke der Hotels in unserem Bezirk entwickelt werden. Von der Investitionsbank Berlin soll ein Kreditprogramm zur zinsgünstigen Renovierung und Standarderhöhung für kleine Hotels aufgelegt werden.

Kulturwirtschaft im Bezirk stärken

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist nicht nur der bedeutendste Kulturstandort in Berlin mit herausragenden öffentlichen Kultureinrichtungen (Oper, Theater, Museen, Hochschulen), sondern auch mit einer im landesweiten Vergleich überproportional vertretenen Kulturwirtschaft ausgestattet. Hierzu gehören die Unternehmen des Mediensektors (Film, Funk, Fernsehen, Internetwirtschaft), der Darstellenden Kunst (Bühnen, Show, Entertainment, Musik), der Bildenden Kunst (Galerien, Künstler), des Literaturbetriebs (Verlage, Autoren), des Ausstellungswesens sowie Unternehmen der Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Die Kulturwirtschaft in Charlottenburg-Wilmersdorf macht über 30 Prozent der Wertschöpfung im Bezirk aus, was sich allerdings weder in der öffentlichen Wahrnehmung noch in der derzeitigen Wirtschaftspolitik widerspiegelt. Den Kulturproduzenten selbst ist – auch wegen mangelnder Vernetzung – ihre starke wirtschaftliche Bedeutung nicht bewusst.

Die Bedingungen der Kulturwirtschaft im Bezirk sind zu verbessern, um ihr Potenzial auszuschöpfen.

Wir wollen:

- aktuelle Potenziale und Defizite im Bereich Kulturwirtschaft ermitteln,
- Initiativen für Kulturprojekte im und für den Bezirk unterstützen,
- eine dauerhafte Kommunikationsstruktur für die Kulturschaffenden aufbauen,
- ein beschäftigungsorientiertes Netzwerk schaffen, das für Jobs sorgt und prekäre Arbeitsverhältnisse abbaut und sich um (Aus-)Bildungsprojekte kümmert,
- den Lesefonds weiterführen,
- für die kommunale Galerie einen Fonds für Ausstellungshonorare einrichten.

Arbeitsbedingungen in der Kulturwirtschaft verbessern

Viele Künstlerinnen und Künstler arbeiten als Freiberufler unter prekären Bedingungen oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Hier müssen die Arbeits- und Schaffensbedingungen verbessert werden. Der öffentliche Beschäftigungssektor ist auch unter den veränderten arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen im kulturellen Bereich fortzusetzen und auszubauen.

Mit einer Gründerinitiative »Kulturwirtschaft« wollen wir die Situation der »Start Ups« verbessern. Hier sollen Universität der Künste (UdK), Kammern, Verbände, Unternehmen der Kulturwirtschaft und Kulturbetriebe im Bezirk zusammenarbeiten. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen den bisherigen Initiativen – wie die der UdK und der Wirtschaftsförderung des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf – auszubauen. Es gilt, partnerschaftliche Ansätze auf lokaler Ebene zu entwickeln, über die neue Arbeitsfelder und Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Künstlerinnen und Künstler brauchen Raum. Ungenutzte Liegenschaften und Freiräume des Bezirks müssen verstärkt für kulturelle Nutzungen geöffnet werden.

Mehr Demokratie im Bezirk

Mehr Demokratie in Berlin heißt für uns mehr Rechte für die Bezirke und für die Bezirksverordnetenversammlung. Gegenwärtig stellt die BVV ein eher zahnloses Kommunalparlament dar. Es mangelt an der Verbindlichkeit der Beschlüsse für die Bezirksexekutive, vor allem fehlt die bezirkliche Finanzhoheit. Die Entscheidung über die Gewinnung und Verwendung der finanziellen Mittel gehört zum Kern der Demokratie. Die Zuteilung der Mittel durch den Senat muss schrittweise durch eine echte Finanzhoheit der Bezirke ersetzt werden.

Bezirkshaushalt mit dem Bürger gestalten

Gleichzeitig müssen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar an den Entscheidungen zum Bezirkshaushalt beteiligt werden. Der »Bürgerhaushalt« bildet dazu einen guten Weg, der aber bisher in unserem Bezirk noch nicht zu einer breiten Beteiligung geführt hat. Der »Bürgerhaushalt« darf keine Alibiveranstaltung für die finanzielle Unterausstattung der Bezirke sein! Die eher bescheidenen Erfahrungen zum »Bürgerhaushalt« im Bezirk müssen ausgewertet und neue Ansätze für eine bessere Beteiligung, z. B. über das Internet, gefunden werden. Wichtig für den Erfolg des »Bürgerhaushalts« ist, dass Entscheidungen auf den Bürgerforen unmittelbar und zeitnah wirksam werden.

Wesentliche Voraussetzung für die Finanzhoheit des Bezirkes ist jedoch die Beendigung der langjährigen steuerlichen Hungerkur

durch den Bund, durch die die Kommunen ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden können. Die »Steuerreformen« von Rot-Grün bis Schwarz-Gelb zugunsten der Konzerngewinne und hohen Einkommen haben die öffentliche Armut produziert. Dies stellt keinen Sachzwang dar, sondern muss geändert werden!

Direkte Demokratie im Bezirk ausbauen

Erst wenn im Bezirk Entscheidungskompetenz vorhanden ist, machen bezirkliche Formen der direkten Demokratie wirklich Sinn. Die Grundvoraussetzung für eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger liegt in einer transparenten und verständlichen Gestaltung der politischen Entscheidungen. Hier müssen größere Anstrengungen unternommen und neue Formen erprobt werden. Die bisher abgehaltenen Kiezkonferenzen müssen breiter, intensiver und informativ besser vorbereitet und mit klaren Auswirkungen auf die Entscheidungen im Bezirk ausgestattet werden. Die Unverbindlichkeit der Bürgerentscheide ist unbefriedigend, sie müssen für BVV und Bezirksamt verbindlich werden.

Demokratie heißt auch, staatliche Leistungen sind Dienst für die Bürgerinnen und Bürger. Vieles hat sich in dieser Richtung bei den Behörden bereits verbessert. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden. In regelmäßigen Abständen sind Befragungen dahingehend durchzuführen und zu veröffentlichen, wie zufrieden die Bürgerinnen und Bürger mit den behördlichen Leistungen sind und welche Verbesserungsvorschläge sie machen. Das Leistungsangebot des Bezirkes ist den Umfrageergebnissen anzupassen.

Wir wollen:

- einen klaren und auch für Laien verständlich formulierten Bezirkshaushalt,
- ein wirksames Beteiligungsverfahren am Bezirkshaushalt durch Bürgerinnen und Bürger und durch Anhörungsverfahren für Vereine, Jugendclubs, soziale Einrichtungen, Schulvertretungen und Kirchengemeinden,
- volle parlamentarische Rechte für die Bezirksverordnetenversammlung und direkte Wahl des Bezirksamtes durch die BVV nach dem Wahlergebnis und ohne Ämterverteilung nach dem Proporz (Politisches Bezirksamt),
- Verbindlichkeit der Bürgerentscheide für die BVV und das Bezirksamt,
- Bürgerämter, die sich mit ihren Angeboten, Öffnungszeiten und Dienstorten einschließlich mobiler Dienste an den wandelnden Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren und keine langen Wartezeiten mehr haben.

Impressum

DIE LINKE. Charlottenburg-Wilmersdorf

Behaimstraße 17, 10585 Berlin

Telefon: 030/33 77 81 68

Mobil: 0163/341 20 83

Fax: 030/33 77 81 75

vorstand@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

V.i.S.d.P. Walter Mayer

www.das-soziale-berlin.de